

Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft

02/2004

Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft

© Institut für Freie Berufe (IFB)
an der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
Marienstraße 2
90402 Nürnberg
Telefon (0911) 23565-0
Telefax (0911) 23565-50
E-mail info@ifb.uni-erlangen.de
Internet <http://www.ifb.uni-erlangen.de>

Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft

Der Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft beschleunigt sich. Doch trotz der sich abzeichnenden Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage spielen die Freien Berufe weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft.

Beschäftigungsrückgang im Jahr 2003

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hatten im Durchschnitt des Jahres 2003 rund 38,3 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland. Das waren 392.000 Personen oder 1,0% weniger als ein Jahr zuvor. Dies war dies der stärkste Beschäftigungsrückgang seit zehn Jahren.

Vom Rückgang der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2003 waren wiederum besonders stark die Arbeitnehmer betroffen: Ihre Zahl verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 % auf rund 34,1 Millionen Personen, während die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen um 1,3 % auf fast 4,2 Millionen Personen zunahmen. Hauptgrund für diese Entwicklung waren nach Erkenntnis des Statistischen Bundesamts die neuen Existenzgründungszuschüsse, die so genannten Ich-AGs.

Nach Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit auch im Jahresdurchschnitt 2003 unterschiedlich: Während der Schwerpunkt des Beschäftigungsabbaus wiederum im Produzierenden Gewerbe einschließlich Baugewerbe lag und sich hier insgesamt der Personalbestand im Vergleich zum Vorjahr fast im gleichen Umfang wie im Jahr 2002 verringerte, waren im Jahr 2003 erstmals seit der Wiedervereinigung Deutschlands auch in den Dienstleistungsbereichen insgesamt (Handel, Gastgewerbe, Verkehr und sonstige Dienstleistungsbereiche) leichte Beschäftigungsverluste zu verzeichnen.

Der Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft hat sich fortgesetzt: Im Jahresdurchschnitt 2003 hatten mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen. Der Anteil der hier Beschäftigten in Relation zur gesamten Erwerbstätigkeit erhöhte sich von 59,2 % im Jahr 1991

auf 70,4 % im letzten Jahr. Im primären und sekundären Sektor hat sich der Erwerbstätigenanteil entsprechend kontinuierlich verringert.

Entwicklung bei den Selbstständigen

Die Freien Berufe stellen in der Beschäftigungsentwicklung eine deutliche Ausnahme dar. Die Zahl der Selbstständigen in Freien Berufen in Deutschland lag am 1. Januar 2004 nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Freie Berufe Nürnberg bei rund 815.000. Damit ist diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr um etwa 4 % gestiegen. Die Freien Berufe bilden also weiterhin sowohl quantitativ als auch qualitativ den Mittelpunkt der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft.

Im Langzeitvergleich mit den Selbstständigen insgesamt (ohne Freie Berufe) zeigen die Selbstständigen in Freien Berufen eine zahlenmäßig deutlich positivere Entwicklung. In der Zeit zwischen 1978 (Basisjahr = 100 %) und 2002 nahm die Zahl der Selbstständigen insgesamt um 45 % zu, während die Freien Berufe eine Steigerung um 158 % ausweisen konnten. Dies verdeutlicht die ungleich größere Wachstumsdynamik in den Freien Berufen. In absoluten Zahlen sieht der Vergleich wie folgt aus: Im Jahr 2002 gab es in Deutschland 2.893.000 Selbstständige (ohne Freie Berufe). Dazu kamen 761.000 Selbstständige in Freien Berufen. Damit hatten die Freien Berufe einen Anteil an der Gesamtzahl der Selbstständigen in Deutschland von 20,8 %. Jeder fünfte Selbstständige kam also 2002 aus den Freien Berufen. 1992 hatte der entsprechende Anteil der Freiberufler noch bei 16,6 % gelegen.

Die weitere Ausgestaltung der hochqualifizierten Dienstleistungen wird vor allem durch den technologischen und gesellschaftlichen Wandel bestimmt. Die Gesellschaft altert, das allgemeine Gesundheitsbewusstsein nimmt zu, die kulturellen Bedürfnisse verändern sich, der Umweltschutz nimmt immer mehr an Bedeutung zu, neue Technologien verändern unser Leben oder es wird anders gebaut als früher. Insgesamt wird die Welt immer undurchschaubarer – nehmen wir nur die Steuerpolitik oder die Gesundheitsreformen –, guter Rat ist oft nicht nur teuer, sondern auch gesucht. Dies gilt vorrangig für Professionen in Gebieten wie Forschung und Entwicklung, Recht, Gesundheit, Technik, Umwelt, Bildung, Ausbildung, Weiterbildung, Beratung, Soziales, Medien und Unterhaltung. In diesen und anderen Bereichen stehen freiberufliche Dienstleistungen im Mittelpunkt.

Zur Lage der Freien Berufe

Die wirtschaftliche Lage hat sich in zahlreichen Freien Berufen weiter verschlechtert. Insbesondere Nachwuchs- und Konkurrenzdruck nehmen zu. Wenn der öffentliche Dienst und die Privatwirtschaft immer weniger Stellen anbieten und

gleichzeitig die Zahlen der Berufszugänger hoch sind, nimmt der Andrang in die freiberufliche Selbstständigkeit zu, die Zahl der freiwilligen Existenzgründungen aber ab. Diese Entwicklung macht es weder für Niederlassungswilligen noch für Berater einfacher, eine wirtschaftlich tragfähige Selbstständigkeit auf den Weg zu bringen.

Darüber hinaus befinden sich die Freien Berufe in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess, der über das Infragestellen von Honorarordnungen bis zu berufsrechtlichen Änderungen reicht.

Es ist sehr bemerkenswert, dass der Staat in seinem Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit allzu oft gegen das Gebot der Vereinfachung des Verwaltungshandelns verstößt. Wer in guter Absicht mit immer neuen Ausnahmeregelungen, Ausnahmen von den Ausnahmen und Spitzfindigkeiten agiert, bewirkt jedoch gerade das Gegenteil von der guten Absicht: Der regulierungsfreudige Staat belastet den Mittelstand über Gebühr. Auch potenzielle Existenzgründer werden durch das bürokratische Dickicht in der Entfaltung ihrer Kräfte am Markt behindert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Freien Berufe angesichts der Undurchschaubarkeit von Regelungen zunehmend als Mittler zwischen Bürger und Staat in Erscheinung treten, von der Steuerberatung bis hin zu den Heilberufen. Wer aber belohnt etwa eine Apothekerin dafür, dass sie Politikfolgen erklärt, die ansonsten für Frau und Herrn „Normalbürger“ nur schwer nachvollziehbar wären?

Die Überregulierung und Überreglementierung hat im Gesundheitswesen besonders weitreichende Folgen, insbesondere im System der gesetzlichen Krankenversicherung. Budgetierungen, Deckelungen oder die Praxisgebühr widersprechen den ethischen Ansprüchen, dem Selbstverständnis und den eigentlichen Aufgaben von Ärzten und anderen Angehörigen der Heilberufe, vor allem gegenüber den Patienten. Damit werden Prinzipien der Freien Berufe immer stärker durch wirtschaftliche Zwänge überlagert. Eine Folge ist, dass die kurative ärztliche Tätigkeit fortschreitend an Attraktivität verliert und zunehmend Versorgungslücken auftreten.

Ungeachtet der gezeigten Entwicklungen werden die Freien Berufe die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft entscheidend mitbestimmen. Daran sollte auch eine Bildungspolitik wenig ändern, die es immer schwieriger macht, ausreichend qualifizierte Berufszugänger auf den Weg in die Freiberuflichkeit zu bringen.